

b) für einen Verstorbenen bis zu 6 Jahren Wahlgrab Reihengrab	153,- € 153,- €
c) für Totgeburten Wahlgrab Reihengrab	102,- € 102,- €
d) für Urnen Wahlgrab Reihengrab	77,- € 51,- €
e) Abräumgebühr	31,- €

In den Gebühren sind folgende Leistungen enthalten

- bei Erdbeisetzungen:
Ausheben und Zuwerfen des Grabes,
Transport der Kränze nach der Trauerfeier
bis zum Grabe, Verwaltungsarbeit;
- bei Urnenbeisetzungen
Beisetzen der Urne, Ausheben und Zuwerfen
des Grabes, Transport der Kränze nach der
Trauerfeier bis zum Grabe, Verwaltungsarbeit.

Gebühren für Umbettungen

- Umbettungen innerhalb des Friedhofes
 - von Verstorbenen über 6 Jahre 358,- €
 - von Verstorbenen bis zu 6 Jahren 294,- €
 - von Urnen 89,- €

Damit werden abgegolten:

Ausheben und Zuwerfen des Grabes,
Überführung innerhalb des Friedhofes.

- Ausbettung zur Bestattung
auf einen anderen Friedhof:
 - von Verstorbenen über 6 Jahre 205,- €
 - von Verstorbenen bis zu 6 Jahren 148,- €
 - in Urnen 64,- €

- Für Einbettungen ist die unter C festgesetzte
Gebühr zu entrichten. Findet gleichzeitig eine
Beisetzung statt, wird für die Einbettung
keine Gebühr erhoben.

Ausstellung einer Genehmigung zur
Aus- oder Umbettung des Verstorbenen 11,- €

E. Benutzung der Friedhofskapelle und der Leichenkammer

- Benutzung der Kapelle 77,- €
- Benutzung der Leichenkammer bei Bestattung 77,- €
- Benutzung der Leichenkammer ohne Bestattung 77,- €

F. Sonstige Gebühren

- Aufbewahrung von Urnen nach Ablauf von
10 Tagen für jede weitere angefangene Woche 13,- €
- Genehmigung für die Aufstellung von Grabmalen 10,- €
- Ausstellen einer Ersatzurkunde 11,- €
- Genehmigung von sonstigen Anträgen
in Friedhofsangelegenheiten 5,- €

G. Friedhofsunterhaltungsgebühren

Friedhofsunterhaltungsgebühr für Reihengrabstätten
und Wahlgrabstätten je Grabstelle und Jahr 8,-

Die 2. Änderung
des Gebührentarifes tritt am 01.01.2002 in Kraft.

Bramsche, den 28. Juni 2001

(Siegel) **Stadt Bramsche**
Fisse
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2001

222

1. Änderungssatzung zur Satzung über die Abwasserbeseitigung (Niederschlagswasser) und den Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage der Gemeinde Bad Laer vom 04.07.1994

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Niedersächsischen
Gemeindeordnung (NGO) vom 22.08.1996, zuletzt geändert
durch Gesetz vom 17.12.1998 (Nds. GVBl. Seite 710), und
aufgrund § 5 des Niedersächsischen Kommunalabgaben-
gesetzes (NKAG) vom 11.02.1992, zuletzt geändert durch
Gesetz vom 23.07.1997 (Nds. GVBl. S. 374) hat der Rat der
Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 26. Juni 2001
folgende 1. Änderungssatzung zur Abwasserbeseitigungs-
satzung - Niederschlagswasser - vom 04.07.1994 be-
schlossen:

Artikel 1

§ 5 - Einbau von Regenwasserspeicheranlagen

erhält folgende Fassung:

- Bauvorhaben, die an die öffentliche Regenwasserbe-
seitigungsanlage angeschlossen werden, können mit
einer Regenwasserspeicheranlage entsprechend den an-
erkannten Regeln der Technik versehen werden. Das
gespeicherte Regenwasser darf für die Toilettenspülung,
für die häusliche Wäschereinigung und für die Gartenbe-
wässerung verwendet werden. Weitere Verwendungsmö-
glichkeiten bedürfen der vorherigen Genehmigung der
Gemeinde Bad Laer. § 4 (Benutzungszwang) wird ins-
oweit eingeschränkt.
- Die Errichtung der Regenwasserspeicheranlage unter-
liegt der vorherigen Genehmigung (§ 8 Abs. 2 Ziff. 1).

§ 20 - Ordnungswidrigkeiten -

Abs. 1 Nr. 11 wird ersatzlos gestrichen.

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach der Veröffentli-
chung in Kraft.

Bad Laer, den 26. Juni 2001

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Der Bürgermeister
gez. Richard

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 14, 31. Juli 2001

223

1. Änderungssatzung zur Satzung über die Versorgung der Grundstücke mit Wasser und den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Bad Laer vom 15.12.1994

Aufgrund der §§ 6, 40 und 83 der Niedersächsischen Ge-

Auszug aus dem
"Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück"
Nr. 14 vom 30. Juli 1994

174

Satzung

**über die Abwasserbeseitigung (Niederschlagswasser) und
den Anschluß an die öffentliche
Abwasserbeseitigungsanlage der Gemeinde Bad Laer -
Abwasserbeseitigungssatzung - Niederschlagswasser -**

Aufgrund der §§ 6, 8 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22.06.1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.09.1993 (Nds. GVBl. S. 359) in Verbindung mit den §§ 148 und 149 des Niedersächsischen Wassergesetzes in der Fassung vom 20.08.1990 (Nds. GVBl. S. 371), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.05.1993 (Nds. GVBl. S. 121) hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung vom 04.07.1994 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Allgemeines

- 1.) Die Gemeinde Bad Laer betreibt nach Maßgabe dieser Satzung zur Beseitigung des in ihrem Entsorgungsgebiet anfallenden Abwassers (Niederschlagswasser) eine rechtlich selbständige Anlage zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung als öffentliche Einrichtung.
- 2.) Die Abwasserbeseitigung erfolgt mittels zentraler Kanalisationsanlagen im Trennverfahren (Zentrale Abwasseranlage).
- 3.) Die Gemeinde kann die Abwasserbeseitigung ganz oder teilweise durch Dritte vornehmen lassen.
- 4.) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung und Sanierung bestimmt die Gemeinde im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht.

§ 2

Begriffsbestimmungen

- 1.) Die Abwasserbeseitigung umfaßt das Sammeln, Speichern, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln von Abwasser, soweit die Gemeinde abwasserbeseitigungspflichtig ist.
- 2.) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im bürgerlich-rechtlichen Sinne
- 3.) Grundstücksentwässerungsanlagen sind alle Einrichtungen zur Abwasserbeseitigung soweit sie nicht Bestandteil einer öffentlichen Abwasseranlage sind.
- 4.) Die zentrale öffentliche Abwasseranlage endet hinter dem Revisionsschacht auf dem zu entwässernden Grundstück.
- 5.) Zu der zentralen öffentlichen Abwasseranlage gehört das gesamte öffentliche Entwässerungsnetz einschließlich aller technischen Einrichtungen wie
 - a) Leitungsnetz mit getrennten Leitungen für Schmutzwasser und Niederschlagswasser (Trennverfahren), die Anschlußleitungen, Reinigungs- und Revisionsschächte und Rückhaltebecken;
 - b) offene und verrohrte Gräben und Wasserläufe, wenn ihnen wasserrechtlich die Gewässereigenschaft entzogen ist und sie zur Aufnahme der Abwässer dienen.
- 6.) Soweit sich Vorschriften dieser Satzung auf den Grundstückseigentümer beziehen, gelten die Regelungen entsprechend auch für Erbbauberechtigte und solche Personen, die die tatsächliche Gewalt über eine bauliche Anlage oder ein Grundstück ausüben.

§ 3

Anschlußzwang

- 1.) Jeder Grundstückseigentümer ist verpflichtet, sein Grundstück nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald auf seinem Grundstück Abwasser auf Dauer anfällt.
- 2.) Dauernder Anfall von Abwasser ist anzunehmen, sobald das Grundstück mit Gebäuden bebaut ist und/oder die Grundstücksfläche ganz oder teilweise derart befestigt worden ist, daß Niederschlagswasser als Abwasser anfällt.
- 3.) Werden an einer Erschließungsstraße, in die später Entwässerungskanäle eingebaut werden sollen, Neubauten errichtet, so sind auf Verlangen der Gemeinde alle Einrichtungen für den künftigen Anschluß an die zentrale Abwasseranlage vorzubereiten.

§ 4

Benutzungszwang

Wenn und soweit ein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der Grundstückseigentümer verpflichtet, alles anfallende Abwasser der öffentlichen Abwasseranlage zuzuführen.

§ 5

Einbau von Regenwasserspeicheranlagen

- 1.) Bauvorhaben, die an die öffentliche Regenwasserbeseitigungsanlage angeschlossen werden und die mit einer oder mehreren Toiletten erstellt werden, sind mit einer Regenwasserspeicheranlage entsprechend den anerkannten Regeln der Technik zu versehen. Das gespeicherte Regenwasser ist für die Toiletten-spülung zu nutzen. Es darf auch für die Gartenbewässerung und für die häusliche Wäschereinigung verwendet werden. § 4 (Benutzungszwang) wird insoweit eingeschränkt.
- 2.) Die Errichtung der Regenwasserspeicheranlage unterliegt der vorherigen Genehmigung (§ 8 Abs. 2 Ziff. f).
- 3.) Auf Antrag kann die Gemeinde Befreiungen von § 5 Abs. 1 ausprechen, wenn der Einbau einer Regenwasserspeicheranlage eine unverhältnismäßige Schwierigkeit darstellt oder der Einbau wegen der Besonderheit des Bauvorhabens als nicht angebracht erscheint.

§ 6

**Ausnahme und Befreiung vom
Anschluß- und Benutzungszwang**

Ist ein gesammeltes Fortleiten von Niederschlagswasser zur Verhütung von Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit nicht erforderlich, so kann die Gemeinde räumlich abgegrenzte Teile des Entsorgungsgebietes oder einzelne Grundstücke vom Anschluß- und Benutzungszwang ausnehmen. Eine solche Ausnahmeentscheidung ist den betroffenen Grundstückseigentümern mitzuteilen. Mit der Bekanntgabe der Entscheidung sind die betroffenen Grundstückseigentümer an Stelle der Gemeinde zur Beseitigung des Niederschlagswassers verpflichtet (§ 149 Abs. 3 NWG).

§ 7

Entwässerungsgenehmigung

- 1.) Die Gemeinde erteilt nach den Bestimmungen dieser Satzung eine Genehmigung zum Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung (Entwässerungsgenehmigung).

- Änderungen an der Grundstücksentwässerungsanlage, an den der Entwässerungsgenehmigung zugrunde liegenden Abwasser-
verhältnissen oder des Anschlusses an die Abwasseranlage
bedürfen einer Änderungsgenehmigung.
- 2.) Entwässerungsgenehmigungen sind vom Grundstückseigentümer schriftlich zu beantragen (Entwässerungsantrag).
 - 3.) Die Gemeinde entscheidet, ob und in welcher Weise das Grundstück anzuschließen ist.
 - 4.) Die Genehmigung wird ungeachtet privater Rechte erteilt und läßt diese unberührt. Sie gilt auch für und gegen die Rechtsnachfolger des Grundstückseigentümers. Sie ersetzt nicht Erlaubnisse und Genehmigungen, die für den Bau oder Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage nach anderen Rechtsvorschriften erforderlich sein sollten.
 - 5.) Die Gemeinde kann die Genehmigung unter Bedingungen und Auflagen sowie unter dem Vorbehalt des Widerrufs oder der nachträglichen Einschränkung oder Änderung erteilen.
 - 6.) Vor der Erteilung der Entwässerungsgenehmigung darf mit der Herstellung oder der Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage nur begonnen werden, wenn und soweit die Gemeinde ihr Einverständnis erteilt hat.
 - 7.) Die Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Herstellung oder Änderung der Grundstücksentwässerungsanlage begonnen oder wenn die Ausführung zwei Jahre unterbrochen worden ist. Die Frist kann auf Antrag jeweils höchstens zwei Jahre verlängert werden.

§ 8

Entwässerungsantrag

- 1.) Der Entwässerungsantrag ist bei der Gemeinde mit dem Antrag auf Baugenehmigung einzureichen, wenn die Entwässerungsgenehmigung/Änderungsgenehmigung wegen eines genehmigungspflichtigen Bauvorhabens erforderlich wird.
- 2.) Der Antrag für den Anschluß an die zentrale Abwasseranlage hat zu enthalten:
 - a) Erläuterungsbericht mit
 - einer Beschreibung des Vorhabens und seiner Nutzung
 - Angaben über die Größe und Befestigungsart der Hofflächen.
 - b) Einen mit Nordpfeil versehenen Lageplan des anzuschließenden Grundstückes im Maßstab nicht kleiner als 1:500 mit folgenden Angaben:
 - Straße und Hausnummer
 - Gebäude und befestigte Flächen
 - Grundstücks- und Eigentumsgrenzen
 - Lage der Haupt- und Anschlußkanäle
 - Gewässer, soweit vorhanden oder geplant
 - in der Nähe der Abwasserteilungen vorhandener Baumbestand
 - c) Beschreibung der auf dem Grundstück geplanten Anlage sowie Schnitt- und Grundrißzeichnungen,
 - d) Angaben über etwaige eigene Abwasseranlagen,
 - e) Darstellung der Niederschlagswasserleitungen mit gestrichelten Linien. Später auszuführende Leitungen sind zu punktieren.
Dabei sind vorhandene Anlagen schwarz, neue Anlage rot und abzubrechende Anlagen gelb kenntlich zu machen. Die für Prüfungsvermerke bestimmte grüne Farbe darf nicht verwendet werden.
 - f) Beschreibung der zu errichtenden Regenwasserspeicheranlage (§ 5 Abs. 1).

§ 9

Benutzungsbedingungen

- 1.) Das gesamte Niederschlagswasser darf nur über die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleitet werden.
- 2.) Das Benutzungsrecht beschränkt sich auf die Menge und Zusammensetzung des Abwassers, die Grundlage der Entwässerungsgenehmigung waren.
- 3.) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten darf in den Regenwasserkanal nur Niederschlagswasser, Grund- und Dränwasser sowie unbelastetes Kühlwasser eingeleitet werden.
- 4.) Die Gemeinde kann eine Rückhaltung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück fordern, wenn die zulässigen Abflüßmengen überschritten werden.

II. Besondere Bestimmungen

§ 10

Grundstücksanschluß

- 1.) Jedes Grundstück hat einen eigenen, unmittelbaren Anschluß an die öffentliche Abwasseranlage zu haben. Die Lage und lichte Weite des Anschlußkanals und die Anordnung des Revisions-schachtes auf dem zu entwässernden Grundstück bestimmt die

Gemeinde.

- 2.) Die Gemeinde kann den Anschluß mehrerer Grundstücke an einen gemeinsamen Grundstücksanschluß ausnahmsweise zulassen. Voraussetzungen dafür ist, daß die beteiligten Grundstückseigentümer die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf dem jeweils fremden Grundstück durch Eintragung einer Baulast und einer Dienstbarkeit gesichert haben.
- 3.) Die Gemeinde läßt den Grundstücksanschluß (Anschlußleitung vom Hauptsammler bis einschließlich Revisions-schacht auf dem zu entwässernden Grundstück) herstellen.
- 4.) Ergeben sich bei der Ausführung des Grundstücksanschlusses unvorhersehbare Schwierigkeiten, die auch ein Abweichen von dem genehmigten Plan erfordern können, so hat der Grundstückseigentümer den dadurch für die Anpassung seiner Grundstücksentwässerungsanlage entstehenden Aufwand zu tragen. Der Grundstückseigentümer kann keine Ansprüche geltend machen für Nachteile, Erschwernisse und Aufwand, die durch solche Änderungen des Grundstücksanschlusses beim Bau und beim Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage entstehen.
- 5.) Die Gemeinde hat den Grundstücksanschluß zu unterhalten und bei Verstopfung zu reinigen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer, wenn die Reinigung und die Unterhaltung durch sein Verschulden erforderlich geworden ist.
- 6.) Der Grundstückseigentümer darf den Grundstücksanschluß nicht verändern oder verändern lassen.

§ 11

Grundstücksentwässerungsanlage

- 1.) Die Entwässerungsanlage auf dem anzuschließenden Grundstück ist vom Grundstückseigentümer nach den jeweils geltenden Regeln der Technik und nach den Bestimmungen dieser Satzung auf eigene Kosten zu errichten und zu betreiben.
- 2.) Die Herstellung von Rohrgräben, das Verlegen der Abflüßleitungen sowie das Verfüllen der Rohrgräben, das nach DIN 18300 zu erfolgen hat, darf nur von einem Unternehmer durchgeführt werden, der gegenüber der Gemeinde die erforderliche Sachkunde nachgewiesen hat.
- 3.) Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach ihrer Abnahme durch die Gemeinde in Betrieb genommen werden. Bis zur Abnahme dürfen Rohrgräben nicht verfüllt werden. Über das Abnahmeergebnis wird ein Abnahmeschein ausgefertigt, soweit das Abnahmeergebnis die Inbetriebnahme der Anlage erlaubt. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb einer zu stellenden Frist zu beseitigen. Der Abnahmeschein befreit den Grundstückseigentümer nicht von seiner Haftung für den ordnungsgemäßen Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage.
- 4.) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Werden Mängel festgestellt, so kann die Gemeinde fordern, daß die Grundstücksentwässerungsanlage auf Kosten des Grundstückseigentümers in den vorschriftsmäßigen Zustand gebracht wird.
- 5.) Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen nicht oder nicht mehr den jeweils geltenden Bestimmungen im Sinne des Abs. 1, so hat sie der Grundstückseigentümer auf Verlangen der Gemeinde auf eigene Kosten entsprechend anzupassen. Für die Anpassung ist dem Grundstückseigentümer eine angemessene Frist einzuräumen.
Der Grundstückseigentümer ist zur Anpassung auch dann verpflichtet, wenn Änderungen an der öffentlichen Abwasseranlage das erforderlich machen.
Die Anpassungsmaßnahmen bedürfen der Genehmigung durch die Gemeinde. Die §§ 6 und 7 sind entsprechend anzuwenden.

§ 12

Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage

- 1.) Der Gemeinde oder ihren Beauftragten ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage oder zur Beseitigung von Störungen sofort und ungehindert Zutritt zu dieser Anlage und zu den Abwasseranfallstellen zu gewähren. Sie sind berechtigt, notwendige Maßnahmen anzuordnen, insbesondere das eingeleitete oder einzuleitende Abwasser zu überprüfen und Proben zu entnehmen.
- 2.) Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage müssen zugänglich sein.
- 3.) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, alle zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage geforderten Auskünfte zu erteilen.

§ 13

Sicherung gegen Rückstau

Der Grundstückseigentümer hat sich gegen Rückstau selbst zu

sichern. Rückstauenebene ist die Straßenoberfläche vor dem anzuschließenden Grundstück. Unter der Rückstauenebene liegende Räume, Schächte, Regenwasserläufe usw. müssen gemäß DIN 1986 gegen Rückstau abgesichert sein. Die Sperrvorrichtungen sind dauernd geschlossen zu halten und dürfen nur bei Bedarf geöffnet werden.

III. Schlußvorschriften

§ 14

Maßnahme an den öffentlichen Abwasseranlagen

Einrichtungen der öffentlichen Abwasseranlage dürfen nur von Beauftragten der Gemeinde oder mit Zustimmung der Gemeinde betreten werden. Eingriffe an der öffentlichen Abwasseranlage sind unzulässig (z. B. Entfernen von Schachtabdeckungen und Einlaufrosten).

§ 15

Anzeigepflichten

- 1.) Entfallen für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschlußzwanges (§ 3 Abs. 1), so hat der Grundstückseigentümer dies unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen.
- 2.) Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe in eine der öffentlichen Abwasseranlagen, so ist die Gemeinde unverzüglich zu unterrichten.
- 3.) Der Grundstückseigentümer hat Betriebsstörungen oder Mängel am Anschlußkanal unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen.
- 4.) Wechselt das Eigentum an einem Grundstück, so hat der bisherige Eigentümer die Rechtsänderung unverzüglich der Gemeinde schriftlich mitzuteilen. In gleicher Weise ist auch der neue Eigentümer verpflichtet.

§ 16

Altanlagen

- 1.) Anlagen, die vor dem Anschluß an eine öffentliche Abwasseranlage der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Abwassers dienen und die nicht als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt sind, hat der Grundstückseigentümer innerhalb von drei Monaten auf seine Kosten so herzurichten, daß sie für die Aufnahme oder Ableitung von Abwasser nicht mehr benutzt werden können.
- 2.) Ist ein Grundstück nicht mehr zu entwässern, schließt die Gemeinde den Anschluß auf Kosten des Grundstückseigentümers.

§ 17

Befreiungen

- 1.) Die Gemeinde kann auf Antrag ganz oder teilweise Befreiung vom Benutzungszwang (§ 4) gewähren, um - sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen - eine Eigennutzung des auf dem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers zu ermöglichen.
- 2.) Ferner kann die Gemeinde von den Bestimmungen in §§ 6 ff. - soweit sie keine Ausnahmen vorsehen - Befreiung erteilen, wenn die Durchführung dieser Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.
- 3.) Die Befreiung kann unter Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie steht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

§ 18

Haftung

- 1.) Für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln entstehen, haftet der Verursacher.
- 2.) Wer entgegen § 13 unbefugt Einrichtungen von Abwasseranlagen betritt oder Eingriffe an ihnen vornimmt, haftet für entstehende Schäden.
- 3.) Der Grundstückseigentümer haftet außerdem für alle Schäden und Nachteile, die der Gemeinde durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen.
- 4.) Mehrere Verursacher haften als Gesamtschuldner.
- 5.) Bei Überschwemmungsschäden als Folge von
 - a) Rückstau in der öffentlichen Abwasseranlage, z. B. bei Hochwasser, Wolkenbrüchen, Frostschäden oder Schneeschmelze;
 - b) Betriebsstörungen, z. B. bei Ausfall eines Pumpwerkes;
 - c) Behinderungen des Abwasserabflusses, z. B. bei Kanalbruch oder Verstopfung;
 - d) zeitweiliger Stilllegung der öffentlichen Abwasseranlage, z. B. bei Reinigungsarbeiten im Straßenkanal oder Ausführung von Anschlußarbeiten;hat der Grundstückseigentümer einen Anspruch auf Schadenersatz nur, soweit die eingetretenen Schäden von der Gemeinde schuldhaft verursacht worden sind.

§ 19

Zwangsmittel

- 1.) Für den Fall, daß die Vorschriften dieser Satzung nicht befolgt werden oder gegen sie verstoßen wird, kann nach § 70 des Nds.

Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 02. Juni 1982 (Nds. GVBl. S. 139) in Verbindung mit den §§ 64, 65 und 67 des Nds. Gefahrenabwehrgesetzes vom 13. April 1994 (Nds. GVBl. S. 173) - jeweils in der z. Z. gültigen Fassung - ein Zwangsgeld bis zu DM 100.000,- angedroht und festgesetzt werden. Dieses Zwangsmittel kann wiederholt werden, bis die festgestellten Mängel beseitigt sind.

- 2.) Die zu erzwingende Handlung kann nach vorheriger Androhung im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Pflichtigen durchgesetzt werden.
- 3.) Das Zwangsgeld und die Kosten der Ersatzvornahme werden im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 20

Ordnungswidrigkeiten

- 1.) Ordnungswidrig im Sinne des § 6 Abs. 2 der Nds. Gemeindeordnung (NGO) in der jeweils gültigen Fassung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 1. § 3 Abs. 1 sein Grundstück nicht rechtzeitig an die öffentlichen Abwasseranlagen anschließen läßt;
 2. § 4 das bei ihm anfallende Abwasser nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen ableitet;
 3. dem nach § 6 genehmigten Entwässerungsantrag die Anlage ausführt;
 4. § 7 den Anschluß seines Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage oder die Änderung der Entwässerungsgenehmigung nicht beantragt;
 5. § 8 Abwasser einleitet, das einem Einleitungsverbot unterliegt;
 6. § 10 Abs. 3 die Grundstücksentwässerungsanlage oder auch Teile hiervon vor der Abnahme in Betrieb nimmt oder Rohrgräben vor der Abnahme verfüllt;
 7. § 10 Abs. 4 die Entwässerungsanlage seines Grundstücks nicht ordnungsgemäß betreibt;
 8. § 11 Beauftragten der Gemeinde nicht ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage gewährt;
 9. § 13 die öffentliche Abwasseranlage betritt oder sonstige Maßnahmen an ihr vornimmt;
 10. § 14 seine Anzeigepflichten nicht oder nicht unverzüglich erfüllt;
 11. § 5 Abs. 1 die Toilettenspülung nicht über eine Regenwasserspeicheranlage bewerkstelligt;
- 2.) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu DM 10.000,- geahndet werden.

§ 21

Beiträge und Gebühren

- 1.) Für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung der zentralen öffentlichen Abwasseranlage werden Beiträge und für ihre Benutzung werden Benutzungsgebühren nach besonderen Rechtsvorschriften erhoben.
- 2.) Für die Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen werden Verwaltungskosten nach der Verwaltungskostensatzung erhoben.

§ 22

Übergangsregelung

- 1.) Die vor Inkrafttreten der Satzung eingeleiteten Genehmigungsverfahren werden nach den Vorschriften dieser Satzung weitergeführt.
- 2.) Soweit mit dem Inkrafttreten dieser Satzung die Anschlußvoraussetzungen gegeben sind und das Grundstück noch nicht an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist, ist der Entwässerungsantrag gem. § 7 dieser Satzung spätestens zwei Monate nach ihrem Inkrafttreten einzureichen.

§ 23

Hinweise

Die DIN-Normblätter (erschieden in der Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin und Köln), auf die in dieser Satzung Bezug genommen wird, sind bei der Gemeinde archivmäßig gesichert hinterlegt.

§ 24

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Regenwassersatzung vom 23.10.1974 außer Kraft.

Bad Laer, den 04.07.1994

Gemeinde Bad Laer

Knemeyer
Bürgermeister

(Siegel)

Wächter
Gemeindedirektor